

GDP : Priorität hat die 35-Stunden-Woche

Autor(en): **Thommen, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355439>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GDP: Priorität hat die 35-Stunden-Woche

Konjunkturreinbruch, Überkapazitäten von 20 Prozent, Strukturkrise, Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent, Verwilderung im Vertragsbereich, Vertragserneuerung 1994 - die Stichworte zeigen die Schwierigkeiten, mit denen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände der grafischen Branche konfrontiert werden.

Vor diesem düsteren wirtschaftlichen Hintergrund hat auch der Schweizerische Verband Grafischer Unternehmen (SVGU) die Abbau-Rezepte seiner Dachorganisation, des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, sowie anderer dem Neoliberalismus zutiefst verhafteter Wirtschaftsstrategen übernommen: Im Hinblick auf die im Januar 1994 beginnenden Vertragsverhandlungen überbrachte er den Gewerkschaften unlängst die «frohe Botschaft» seines Abbau-Programms, wonach in einem künftigen GAV folgende für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer äusserst wichtige Belange keinen Platz mehr finden sollen:

- Mindestlöhne
- Teuerungszulagen
- geregelte Arbeitszeiten.

Diese Ansprüche sollen nach dem Willen des SVGU unter Ausschluss der Gewerkschaften auf Betriebsebene ausgehandelt werden.

Doch damit nicht genug: Um gegenüber dem Ausland an Attraktivität zu gewinnen, müsse der Wirtschaftsplatz Schweiz folgende Bedingungen erfüllen:

1. müsse eine Jahresarbeitszeit auf der Basis von 35 bis 45 Wochenstunden festgelegt werden;
2. müssten die Zuschläge für Schicht-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit massiv gekürzt werden;

3. müssten die Bestimmungen über die Dauer von Lohnzahlungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft überprüft werden.

Dabei wird mit keinem Wort erwähnt, dass

a) die Zahl der Beschäftigten seit 1991 von 66 500 auf 59 800, also um 10 Prozent, reduziert wurde,

b) die Produktivität in dieser Zeitspanne jedoch nur um 2,7 Prozent vermindert wurde,

c) die Reallöhne 1992 um durchschnittlich 0,5 Prozent gesenkt wurden

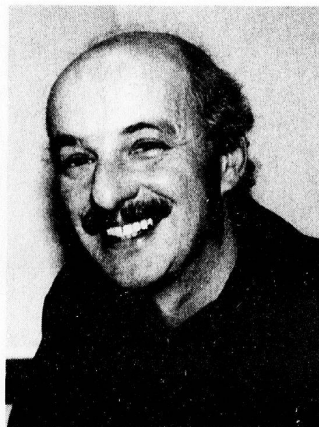
und dass sie gemäss Biga-Prognosen in diesem Jahr um weitere 0,8 Prozent sinken werden,

d) andererseits die Gewinne gesamtschweizerisch 1991 um 18 Prozent und 1992 um 11,6 Prozent gesteigert werden konnten (Steigerung für 1993: 20 Prozent [Prognose der Bank Vontobel]).

Die Strategie des SVGU

Die Strategie des SVGU ist klar: Durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit (35 bis 45 Wochenstunden), die Streichung von Mindestlöhnen und Teuerungszulagen aus dem GAV sowie die teilweise Aufhebung der Zuschläge für Schicht-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit wollen die Unternehmer Höchstgewinne erzielen. Eine Realisierung dieser Pläne würde automatisch zu weiteren Rationalisierungsmassnahmen und Betriebskonzentrationen und damit zwangsläufig zu einer bedeutenden Produktivitätssteigerung mit noch weniger Personal führen.

Für ein egoistisches Profitstreben sollen also immer mehr Lohnabhängige ihre Arbeitsplätze opfern und in eine dauernde Arbeitslosigkeit getrieben werden. Es scheint die Unternehmer wenig zu kümmern, dass damit das Entstehen einer Zweidrittelsgesellschaft begünstigt wird, in der ein Teil der Bevölkerung ins soziale Abseits gedrängt wird, wo Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und soziale Unruhen Nährboden finden.



Von Heinz Thommen, GDP-Zentralsekretär

Die Gegenoffensive der GDP

In Anbetracht dieser Tatsachen hat die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) an ihrer Delegiertenversammlung vom Juni 1993 die Grundsätze für ihre künftige Vertragspolitik festgelegt. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordert die GDP als vordringliche Massnahme eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei sollen sämtliche möglichen Formen der

Arbeitszeitreduktion diskutiert werden, eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden soll indessen Priorität erhalten, aus dem einfachen Grund, weil sich die GDP aufgrund ihres sozialpolitischen Verantwortungsbewusstseins heraus weigert, die Thesen der Unternehmer zu übernehmen, wonach eine ständige Arbeitslosigkeit von 10 Prozent oder mehr in Zukunft volkswirtschaftlich zu verkraften sei. Sie wäre deshalb grundsätzlich be-

Eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden soll indessen Priorität erhalten.

reit, bei einer Arbeitszeitverkürzung von fünf Wochenstunden auch über eine gewisse Beteiligung der Beschäftigten an den Folgekosten zu diskutieren, dies jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1. müsste eine Bestimmung über die Sozialverträglichkeit eingebaut werden (niedrige Einkommen werden von der Kostenbeteiligung ausgenommen), 2. sollte sich diese Beteiligung positiv auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirken. Unsere Gewerkschaft würde

sich auch der Idee nicht verschliessen, Lohnzuschläge grundsätzlich in Freizeit umzuwandeln, allerdings auf der heute geltenden Basis und ebenfalls unter dem Vorbehalt einer Sozialverträglichkeits-Klausel.

Nach Berechnungen deutscher Gewerkschaften würde bei einer Arbeitszeitreduktion von 12,5 Prozent (von 40 auf 35 Stunden) die Zahl der Arbeitsplätze im gleichen Masse zunehmen, wobei unter Umständen 30 Prozent davon durch weitere Rationalisierungsmassnahmen verlorengehen könnten. Somit hätte man die Möglichkeit, real immerhin 8,75 Prozent der wegrationalisierten Arbeitsplätze zu erhalten. Nach unserer Meinung würde dies genügen, um die Arbeitslosenquote deutlich zu senken.

Letzte Konsequenz: Kampfmassnahmen?

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der GDP vom 11. Dezember dieses Jahres werden die Delegierten die endgültige Forderungsliste verabschieden. Um die Meinung der Basis, also der Betroffenen, zu kennen, führt die GDP eine Umfrage durch. Die Mitglieder sollen sich darüber äussern, ob sie zur

...sind mehr als genug. Gefordert ist jetzt die 35-Stunden-Woche.

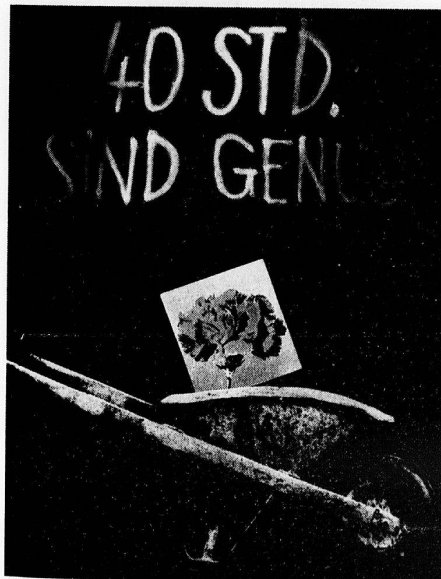


Illustration: Walter Erb

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden vorziehen würden oder eventuell eine Herabsetzung des Pensionsalters oder mehr Ferien möchten. Sie sollen auch die Frage beantworten, ob und in welchem Masse sie eine Lohnreduktion akzeptieren würden. Schliesslich werden die Mitglieder gefragt, ob sie damit einverstanden wären, dass die GDP zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen als letzte Konsequenz Kampfmassnahmen ergreift.

Die GDP-Mitglieder sind sich der Realität voll bewusst: Die Vertragsverhandlungen 1994 dürften zu den schwierigsten in der Geschichte der grafischen Gewerkschaften der Schweiz gehören. Mit um so grösserer Spannung erwarten wir deshalb die Ergebnisse unserer Umfrage!

Der SGB ist gefordert

Wir alle wissen um die Deregulierungsoffensive der Arbeitgeber: Um ihre Profite zu maximieren, wollen sie einerseits die Arbeitszeit erhöhen und das Rentenalter der Frauen heraufsetzen und andererseits Löhne und Renten beträchtlich senken und die Teuerungszulagen streichen.

Die GDP ist bereit, bei einer Arbeitszeitverkürzung von fünf Wochenstunden über eine gewisse Beteiligung der Beschäftigten an den Folgekosten zu diskutieren.

Und was tun wir, die gesamte Gewerkschaftsbewegung oder zumindest wir SGB-Verbände? Nach meiner Ansicht bemüht sich jede Einzelgewerkschaft, ihre Probleme zu lösen oder – wie das Beispiel GDP zeigt – wenn es hoch

kommt, die konzertierte Attacke des Unternehmertums mit einer wirksamen Gegenstrategie abzuwehren. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, das zwar zum einen den föderalistischen Aufbau der

«Verbands-Folklore» ist eine allzu stumpfe Waffe im Kampf gegen den Gigantismus des Kapitals.

Gewerkschaftsbewegung hervorhebt, zum andern aber ebenso klar dokumentiert, dass solche «Verbands-Folklore» eine allzu stumpfe Waffe im Kampf gegen den Gigantismus des Kapitals darstellt.

Angesichts dieser gezielten Angriffe auf die sozialen Errungenschaften, aber auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Wirtschaftsbesitzer die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit offensichtlich nicht als ihre Aufgabe erachten, wäre es wahrhaftig an der Zeit, dass der SGB mit seinen 436 000 Mitgliedern endlich merkt, welches Potential in ihm steckt! Gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden sollte er diese Macht nutzen, um sich gegen die Frontalangriffe des Kapitals wirksam zur Wehr zu setzen!

Worauf warten wir denn eigentlich noch?